

10.09.2020

Beschlussempfehlung und Bericht

des Wissenschaftsausschusses

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD,
Drucksache 17/8424

Den Worten des Koalitionsvertrages Taten folgen lassen – Die Landesregierung muss mehr für die FernUniversität Hagen tun!

Berichterstatter

Abgeordneter Helmut Seifen

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 17/8424 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 09.09.2020/Ausgegeben: 10.09.2020

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der SPD "Den Worten des Koalitionsvertrages Taten folgen lassen – Die Landesregierung muss mehr für die FernUniversität Hagen tun!", Drucksache 17/8424, wurde am 22. Januar 2020 vom Plenum an den Wissenschaftsausschuss – federführend – und an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation zur Mitberatung überwiesen. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlag einer Beschlussempfehlung des Wissenschaftsausschusses erfolgen.

B Beratung

Der Wissenschaftsausschuss hat den Antrag in seiner Sitzung am 5. Februar 2020 erstmalig beraten und beschlossen, hierzu ein Sachverständigengespräch mit der Leitung der FernUniversität Hagen durchzuführen. Der zur Mitberatung aufgerufene Ausschuss für Digitalisierung und Innovation hat mitgeteilt, sich nachrichtlich an der Beratung beteiligen zu wollen. Dem Wunsch kommt der federführende Wissenschaftsausschuss nach.

Die FernUniversität Hagen wurde gebeten, im Vorfeld des Gesprächs schriftlich Stellung zu dem Antrag zu nehmen. Dem Ausschuss lag zum Zeitpunkt des Sachverständigengesprächs die schriftliche Stellungnahme mit Vorlage 17/2686 vor.

Das Sachverständigengespräch ist mit Ausschussprotokoll 17/1014 dokumentiert.

Der Wissenschaftsausschuss berät den Antrag final in der Sitzung am 9. September 2020 und stimmt über eine Beschlussempfehlung an das Plenum ab.

Die Fraktion der SPD wirbt für ihren Antrag, die FernUni Hagen besser finanziell und personell auszustatten. Sie kritisiert, dass eine angemessene Erhöhung der Grundfinanzierung durch die Regierung bislang ausgeblieben wäre. Dabei sei das im Koalitionsvertrag der regierungstragenden Fraktionen gesetzte Ziel der „Open University Hagen“, erheblich gefährdet.

Die FDP stellt die Frage nach der Gegenfinanzierung, insbesondere mit Hinblick auf die sinkenden Steuereinnahmen des Landes. Der Antrag der SPD berücksichtige dies nicht.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schließt sich der SPD an. Die Anhörung habe klar aufgezeigt, dass das Projekt „Open University“ mit neuen (u.a.) digitalen Angeboten gefährdet sei. Die von der FDP angesprochenen ZSL-Mittel (Zukunftsvertrag Studium und Lehre) seien zweckgebunden und nicht für das Projekt einsetzbar.

Die CDU erklärt hingegen, dass die FernUniversität Hagen einen erheblichen Aufwuchs an finanziellen Mitteln bekommen habe und auch die ZSL-Mittel für das Projekt einsetzbar seien. Ein Spielraum für die Universität liege daher vor und der Antrag der SPD sei abkömmlich.

Die FernUni Hagen sei eine wichtige Universität, aber nicht die Einzige, meint die Fraktion der AfD. Es gäbe viele Begehrlichkeiten, jedoch müssten diese auch an die finanzielle Realität angepasst werden. Sie werde daher dem Antrag nicht zustimmen.

Die Landesregierung merkt an, dass es keinen Dissens über die Wichtigkeit der FernUniversität Hagen gäbe. Sie verneint eine Vereinbarung im förmlichen Sinne über die

stufenweise Erhöhung der universitären Grundfinanzierung für das Projekt „Open University“, wie es von den sachverständigen Gästen in der Sitzung dargelegt wurde. Die Landesregierung verweist darauf, alle Mittel aus den Haushaltsplänen an die FernUniversität Hagen gezahlt zu haben bzw. kontinuierlich zu zahlen und dies auch künftig tun werde.

C Abstimmung

In der anschließenden Abstimmung wird der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Helmut Seifen
Vorsitzender